

Medienmitteilung

Abstimmung vom 13. Juni 2021 - Revision des CO₂-Gesetzes

Nein zu Strafsteuern, ja zur Innovation!

Bern, 13. Juni 2021 - Die Revision des CO₂-Gesetzes wurde von der Mehrheit der Stimmenden und der Mehrheit der Kantone abgelehnt. Dies ist ein Sieg gegen Steuererhöhungen, insbesondere im Strassenverkehr. Die Bevölkerung hat gezeigt, dass sie die Dekarbonisierung durch Innovation erreichen will, anstatt immer mehr Steuern zu erheben, ohne eine Alternative zu bieten.

Die Abstimmung über die Revision des CO₂-Gesetzes hat gezeigt, dass die Bevölkerung eine Erhöhung der Steuern und Abgaben zum Klimawandel ablehnt. Um die Klimaziele zu erreichen, müssen wir jetzt weniger kostspielige Massnahmen in Betracht ziehen und mehr auf Innovationen setzen. Die Belastung von Energieträgern ohne Alternativen ist keine Option.

Dekarbonisierung erfordert vor allem Innovation. Aber Innovation erfordert grosse Investitionen in private Ladestationen, emissionsarme Nutzfahrzeuge, die Ausbildung von Fachkräften in neuen Technologien und die Anpassung von Einrichtungen wie mechanischen Werkstätten und Tankstellen. *"Um beispielsweise Wasserstofffahrzeuge zu reparieren, muss eine mechanische Werkstatt mehrere hunderttausend Franken investieren, um die Sicherheitsstandards zu erfüllen"*, sagt Olivier Fantino, Direktor von strasseschweiz.

Zu diesen Kosten kommen noch die Kosten für die Erteilung einer Baugenehmigung, die manchmal langwierige Verwaltungsverfahren nach sich zieht, sowie die Schulung des Personals in den neuen Technologien. Laut Olivier Fantino *"behindert die Raumplanung die Dekarbonisierung der Strassenmobilität, Infrastrukturprojekte werden blockiert und private Einrichtungen werden durch zu schwerfällige und komplizierte Verfahren entmutigt"*.

Um die Herausforderung der Dekarbonisierung erfolgreich zu meistern, müssen daher gezielte Massnahmen in Betracht gezogen werden, wie z. B. die Zuteilung von zusätzlichem Baurecht für die Realisation von Infrastrukturen, administrative und steuerliche Erleichterungen sowie Beiträge, wenn Investitionen nicht rentabel sind. Die Rolle des Staates besteht vor allem darin, Innovationen zu ermöglichen, nicht sie zu lenken.

Kontaktperson

Olivier Fantino, Geschäftsführer
Mobiltelefon: 079 524 14 46
E-mail: o.fantino@strasseschweiz.ch